

Gremium	Datum	Status	Öffentlichkeitsstatus
Gemeinderat	23.07.2020	Beschlussfassung	öffentlich

Hauptamt Bearbeiter: Harnest, Daniela Aktenzeichen: 460.15	 Datum: 09.07.2020 Kostenstelle: Sachkonto:
---	---

Betreff: ***Erlass der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen sowie die Schulkindbetreuung der konfessionellen und städtischen Einrichtungen für den Monat Juni 2020***

Anlagen:

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt,

die Elternbeiträge für die städtischen und konfessionellen Kindertageseinrichtungen sowie für die Schulkindbetreuung der Werkrealschule/Realschule und für die Grundschule Eichberg für den Monat Juni zu erlassen.

Für die Schulkindbetreuung der Werkrealschule/Realschule sollen die Elternbeiträge für die Monate Juni und Juli erlassen werden.

Die in Anspruch genommenen Betreuungstage werden pro Tag abgerechnet.

Begründung:

Im Zeitraum 16.03.2020 bis 25.05.2020 waren die konfessionellen und städtischen Kindertageseinrichtungen sowie die Schulkindbetreuung in der Grundschule sowie der Werkrealschule/Realschule komplett geschlossen.

Vom 25.05.2020 bis 29.06.2020 durften die Kindertageseinrichtungen nur eingeschränkt öffnen. Die Kinder durften nur an einzelnen Tagen die Einrichtung besuchen in einem rollierenden System, so dass eine Belegung von 50 % nicht überschritten wurde.

Seit 29.06.2020 findet wieder ein Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen statt.

Da die Eltern für die Monate April und Mai keine Betreuungsleistungen in Anspruch nehmen konnten, hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 14.05.2020 entschieden, keine Elternbeiträge für die Monate April und Mai zu erheben.

Die Inanspruchnahme der Notbetreuung sollte tageweise abgerechnet werden.

Da auch im Monat Juni kein Regelbetrieb möglich war und die Eltern das Angebot nur tageweise in Anspruch nehmen durften, schlägt die Verwaltung vor, auch im Juni auf die Monatsbeiträge zu verzichten und die tatsächliche, tageweise Inanspruchnahme abzurechnen.

Die Schulkindbetreuung der Realschule/Werkrealschule hat noch immer geschlossen und wird dieses Schuljahr auch nicht mehr wiedereröffnet. Hier müssen die Elternbeiträge auch für den Monat Juli erlassen werden.

Soforthilfe

Das Land hat den Städten und Gemeinden für die Monate April und Mai zwei Ab-schlagszahlungen in Höhe von jeweils 100 Millionen Euro zum Ausgleich der pandemiebedingten Gebührenauffälle bzw. Mehrkosten gewährt (konkrete Verwendungszwecke sind noch nicht abschließend definiert).

Darüber hinaus wurden die Leistungen nach dem FAG bisher auf der Grundlage der November-Steuerschätzung ausgezahlt. Die negativen Auswirkungen der Mai-Steuerschätzung blieben zur Liquiditätssicherung der Kommunen unberücksichtigt. Inwieweit es allerdings zu einem späteren Zeitpunkt zu einer „Abrechnung“ mit dem Land kommt ist noch nicht bekannt.

Der Entwurf des Nachtragshaushalts berücksichtigt bereits einen Ausfall bei den Gebühren (bzw. einen entsprechend höheren Abmangel bei den konfessionellen Trägern) von drei Monaten.

Erlas der Elternbeiträge

Der Gemeinderat hat darüber zu entscheiden, ob die Eltern für den Monat Juni in Höhe von rund 27.000 € entlastet werden und nur die in Anspruch genommenen

einzelnen Tage abgerechnet werden. Wir rechnen deshalb von Einnahmen (ca. 27.000 Euro) in Höhe von 50 % der Gesamtsumme der Maischätzung.

Kosten

Bisher wurde der Einzug der Elternbeiträge für Juni ausgesetzt bzw. verschoben

Einrichtung	Mai	Juni
	Bereits erlassen	ca. Beträge auf Basis der Mai-daten
Ev. Kita BuchbergArche	9.322,90 €	4.661 €
Kath. Kita St. Josef Blumberg	12.008,47 €	6.004 €
Sophie Scholl Kindergarten	7.429,60 €	3.714 €
Kita Städtzwerge	5.324,58 €	2.662 €
Kath. Kindergarten Arche Noah Riedböhringen	7.482,01 €	3.741 €
Kath. Kindergarten St. Josef Riedöschingen	2.250,53 €	1.125 €
Kindergarten Hondingen	1.596,55 €	798 €
Kindergarten Epfenhofen	3.199,37 €	1.599 €
Schulkindbetreuung RS/WRS	278,84 €	558 €*
Grundschule Eichberg	3.657,24 €	1.827 €
Summe	52.550,09 €	ca. 26.689 €

*Beträge für Juni und Juli enthalten

Erhöhung der Elternbeiträge im neuen Kindergartenjahr/Schuljahr

Die Empfehlungen der Kirchenverbände und kommunalen Landesverbände sollen im Herbst auf die Tagesordnung gesetzt und diskutiert werden.

Die Verbände empfehlen eine Anpassung um 1,9 %.